

Bruchköbeler BürgerBund fordert Antrag für Wohnbauflächen endlich umzusetzen



Erich Pipa und den Bruchköbeler BürgerBund nach dem Informationsgespräch im Landratsamt

Bruchköbel. „In Bruchköbel besteht ein großer Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Besonders junge Familien und alleinstehende Seniorinnen und Senioren stehen bei einem Wohnungswechsel vor Mietpreisen, die ihre Möglichkeiten übersteigen“, stellt Alexander Rabold, Fraktionsvorsitzender des Bruchköbeler BürgerBund (BBB), einen erneuten Antrag für bezahlbaren Wohnraum zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Dies hatte der BBB bereits mit einem Antrag im November 2015 aufgegriffen und den Magistrat beauftragt eine Liste möglicher Flächen für den Bau bezahlbarer Wohnungen vorzulegen und mögliche Initiativen aufzuzeigen. „Nach der Verweisung in den Fachausschuss ist - wie fast schon üblich, nichts mehr geschehen. Dabei wollen wir, dass die Stadt alle Optionen ausschöpft. Deshalb haben wir uns bei einem Gespräch mit Landrat Erich Pipa dessen Wohnungsbauprojekt vorstellen lassen“ sieht auch BBB-Stadtverordneter Harald Hormel dringenden Handlungsbedarf. Die Blockadehaltung der Koalition von CDU und SPD im Fachausschuss gehe völlig an den Interessen der Woh-

nungssuchenden vorbei. Grundlage für die Initiative des Landrates ist eine Untersuchung des Instituts Wohnen und Umwelt (IWU) aus dem Sommer 2015. Darin wurde ein Nachholbedarf beim Wohnungsbau insbesondere in den Kommunen im Hanauer Raum sowie bis nach Gelnhausen nachgewiesen. Insgesamt fehlen bis 2030 mehr als 10.000 bezahlbare Wohnungen.

„Die Studie hat zudem gezeigt, dass ohne öffentlich geförderte Projekte der Bedarf nicht zu decken ist“, sagte Landrat Pipa. Allerdings sei der klassische soziale Wohnungsbau hier nicht das erfolgreiche Heilmittel, weil die Voraussetzungen an der Realität vorbeigingen. Denn bereits ein junger Verwaltungsangestellter mit einem Einkommen von gerade 1.200 Euro liege über der dort festgelegten Einstiegsgrenze. Daher setzt der Landrat auf ein anderes Modell, bei dem die jeweilige Kommune einem Investor ein geeignetes Grundstück in Erbpacht für 99 Jahre zur Bebauung bereitstellt.

Eine zentrale Bedingung ist ein Mietpreis von unter sieben Euro pro Quadratmeter. Durch den Zuschuss des Kreises sei dann eine Absenkung des Mietpreises auf 6 Euro/m² möglich. Diese Voraussetzungen hat

auch der Kreistag Anfang Juni offiziell beschlossen.

„Wir wollen nun mit einem erneuten Antrag in der Stadtverordnetenversammlung den Magistrat beauftragen, gemäß des vom Kreistag des Main-Kinzig-Kreises beschlossenen Wohnungsbauförderprogramms geeignete Grundstücke im Rahmen eines Erbbaurechtsmodells für den Mietwohnungsbau zur Verfügung zu stellen oder in eigener Trägerschaft Mietwohnungen zu errichten“ fordern Alexander Rabold und Harald Hormel eine konkrete Umsetzung für die Wohnungssuchenden.

„Auf eine mögliche und wünschenswerte Einbeziehung der Baugenossenschaft Bruchköbel haben wir schon bei unserem Antrag vor einem Jahr hingewiesen. Die bezahlbaren Wohnungen sollen im Erdgeschoss behindertengerecht, im ersten Stock altersgerecht sein. Die Gebäude sollen ohne Tiefgarage oder Fahrstuhl errichtet werden, so dass sich die Baukosten in einer Höhe belaufen, dass für den Träger der Liegenschaft ein Mietpreis in Höhe von 6,80 bis 7,10 Euro auskömmlich wäre. Das Belegungsrecht würde zu 100 Prozent bei der Stadt Bruchköbel liegen“ führen die Vertreter des BBB weiter aus.